

II- 2750 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

10. Juli 1973

1390/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Reinhart, Dr. Schranz, Treichl,  
Hanna Hager, Herta Winkler, Müller, Wielandner  
und Genossen

an den Bundesminister für Soziale Verwaltung  
betreffend „Abgeltungsbetrag für Erhöhungen amtlich  
festgesetzter Lebensmittelpreise“ nach der 29. ASVG-  
Novelle.

Nach Art. XIV der 29. ASVG-Novelle (Bundesgesetzblatt  
31/1973) ist Personen, die in den Monaten März 1973  
bzw. September 1973 bzw. März 1974 bzw. September 1974  
eine Ausgleichszulage zu einer Pension beziehen, ein  
"Abgeltungsbetrag für Erhöhungen amtlich festgesetzter  
Lebensmittelpreise" zu gewähren. Fürsorgeträger nehmen  
die Gewährung dieses Abgeltungsbetrages zum Anlass, die  
Bestimmung des § 324 ASVG anzuwenden, d.h. den Pensions-  
beziehen nicht 100 % sondern einen bis zu 80 % gekürzten  
Abgeltungsbetrag zur Auszahlung zu bringen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den  
Bundesminister für Soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e n :

- 1) Sind nach Ansicht des Bundesministeriums für Soziale  
Verwaltung die Fürsorgeträger berechtigt, den mit  
der 29. ASVG-Novelle eingeführten „Abgeltungsbetrag  
für Erhöhungen amtlich festgesetzter Lebensmittelpreise  
gemäß § 324 ASVG bis zu 80 % einzubehalten ?
- 2) Welcher Rechtszug steht im Falle eines unberechtigten  
Einbehaltes dem betroffenen Pensionisten offen ?